



DIE LINKE steht für die Sicherung und Ausweitung von öffentlich geführten Krankenhäusern und Pflege-Einrichtungen.

Nach mehr als 15 Jahren Fallpauschalen, die Patienten und Personal in den Versorgungsnotstand getrieben haben, braucht es einen Systemwechsel in der Finanzierung der Krankenhäuser. Die aktuellen bundespolitischen Signale zur besseren Personalbemessung werden nicht reichen.

Weg mit den Fallpauschalen!

Darum fordert DIE LINKE vor Ort:

- Die Ausbildung in Pflegeberufen kommunal auszubauen und zu sichern.
- Darüber hinaus braucht es Anreizsysteme für die Pflegenden wie familienfreundliche Arbeitszeiten für Eltern in Pflegeberufen und Ausbau der Kinderbetreuung im Umfeld von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Die LINKE fordert, dass der Rat und seine Fachausschüsse sich verantwortlicher für die gesundheitliche Versorgung seiner Mitbürger zeigen müssen, indem das Land NRW stärker in dessen politische Verantwortung für Klinikbauten und weitere Investitionen gedrängt wird.

Der Mangel an ambulanter und stationärer Altenpflege in Bielefeld breitet sich aus. Der unregelmäßige Altenpflegebereich eröffnet privaten Trägern hohe Profite. Umso dringender ist ein gutes Beratungsnetz für alternde Menschen und ihre Angehörigen, sowie der stete kritische Blick der Politik vor Ort und des Gesundheitsamtes unserer Stadt.

www.dielinke-bielefeld.de/kommunalwahl
DIE LINKE Bielefeld bietet Arbeitskreise zu den Themen Wohnen, Gesundheit, Umwelt und Verkehr, Gesundheit, Bildung, Soziales & Gewerkschaft, sowie Hartz IV an.
Wir laden zur Mitarbeit ein:
www.dielinke-bielefeld.de/kreisverband/arbeitskreise



Wo Gesundheit zur Ware geworden ist, gehört öffentliche Daseinsvorsorge zur Pflicht

DIE LINKE.
KREISVERBAND BIELEFELD



Gesundheit ist keine Ware

DIE LINKE steht hinter der Forderung von „500 Euro mehr Monatsgehalt“ für Pflegekräfte, die in die tarifliche Umsetzung gehen muss. Klatschen reicht nicht!

Das wird auch die Kolleg*innen in den Gesundheitsberufen in Bielefeld freuen, deren Leistungen mit dem Abklingen der Corona-Pandemie öffentlich schon wieder in den Hintergrund rücken.

DIE LINKE stellt aktuell die Forderung nach sofortiger Abschaffung der Fallkostenpauschalen und die Einführung einer bedarfsgerechten Finanzierung von Krankenhäusern in den Mittelpunkt.

Gerade in Corona-Zeiten ist deutlich geworden, wie wichtig ein Gesundheitswesen in öffentlicher Hand und unter demokratischer Kontrolle ist. Hierzu gehören auch die Altenpflegeeinrichtungen.

Für DIE LINKE ist Gesundheit und Pflege lebensnotwendiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört entsprechend in die kommunale Mitverantwortung. Wir erwarten, dass die Bundes- und Landespolitik ihrer Verpflichtung zur Sicherung der ärztlichen und pflegerischen Tätigkeiten nachkommt und die Politik vor Ort nicht müde wird dies einzufordern.

DIE LINKE fordert für eine „gesunde“ Stadtentwicklung:

- **Die Sicherung der ärztlichen Grundversorgung gehört schon mit der Wohnquartiersplanung in kommunale Mitverantwortung.**
- **Die gesicherte fachärztliche und kinderärztliche Versorgung der Stadtteile.**
- **Die klinische Struktur und Fachkompetenz auch für die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung nutzen.**

- **Eine wohnortnahe ambulante und stationäre Pflegeversorgung für die alternde Bevölkerung.**
- **Die ambulante Pflege und Kurzzeitpflege öffentlich auszubauen.**
- **Die Weiterentwicklung medizinischer Zentren mit dort angesiedelten Beratungs- und Begleitdiensten.**
- **Dass die Entwicklung ambulanter wie stationärer Leistungsangebote in der Stadt regelmäßig erfasst und öffentlich gemacht wird.**
- **Dass die Gesundheitsverwaltung für die Notfallorganisation, die Aufsicht und die Sicherung des Gesundheitsangebots personell besser ausgestattet wird.**
- **Transparenz der Arbeit der kommunalen Gesundheitskonferenz und Einbeziehung der Bürger*innen in die aktuelle Krankenhausplanung OWL-NRW.**